

G e d e n k w o r t e

zum

Gewandhauskonzert

am 26. Mai 1993

**aus Anlaß des 25. Jahrestages der Sprengung
von Universitätskirche und Augusteum
in Leipzig**

von

**Prof. Dr. Harald Fritsch
Ludwig-Maximilians-Universität München**

Am Morgen des 30. Mai 1968 stand ich, wie viele von Ihnen, nur wenige Meter von hier, um Augenzeuge einer Kulturbarbarei zu sein, die ihresgleichen in der deutschen Geschichte sucht. Pünktlich um 10 Uhr erschütterten zwei Detonationen die Stadt. Langsam neigte sich der spitze Turm der Paulinerkirche zur Seite. Die prächtige Fassade der Kirche erzitterte, wurde unscharf. Zwei Weltkriege, zahlreiche andere Kriege und Brände hatte die Kirche fast ohne Schaden überstanden. Nun brach sie zusammen, eine mehr als siebenhundertjährige Geschichte unter sich begrabend.

Die Paulinerkirche, das älteste Bauwerk der Universität, ehemals Aula und Kirche zugleich, einst von Martin Luther als Universitätskirche eingeweiht, Ort zahlreicher Uraufführungen Bachscher Werke, existierte nicht mehr. 700 Kilo Dynamit - das war alles, was die Führung der DDR für ein historisches Monument übrig hatte. Weitere Sprengungen zerstörten wenig später auch die intakten Teile des Augusteums, ehemals das Herz der Leipziger Universität.

Die sinnlose und auch im Ausland mit Entsetzen registrierte Sprengung der alten Universitätsgebäude war aus heutiger Sicht mehr als die Beseitigung wertvoller alter Bauwerke. Den Bürgern dieser Stadt und darüber hinaus den Bürgern der ganzen DDR wurde ein Teil ihrer selbst, ihrer Identität, ihrer reichhaltigen Geschichte bewußt genommen. Der Augustusplatz, einst ein Platz von europäischem Rang, verlor schlagartig seinen Charakter als urbanes Zentrum der Stadt.

Die Explosionen im Mai 1968 lösten eine gewaltige Staubwolke aus. Atomisiert verteilte sich ein Teil der Materie der ehemaligen Paulinerkirche in der ganzen Stadt Leipzig, wurde so zu ihrem festen Bestandteil. Wie ein Alptraum lastete seither die Erinnerung an die Sprengung auf den Bürgern, insbesondere auf denjenigen, die sich nachhaltig für den Erhalt der historischen Gebäude eingesetzt hatten.

Die Mehrheit der Bürger der damaligen DDR war gegen die Sprengung. Es gab offenen Protest in jenen Tagen im Mai 1968, als sich im südlichen Nachbarland die Prager Reformbewegung etablierte. Die Sprengung war damit gleichzeitig ein politischer Akt, mit dem jeglicher Widerstand gegen das Regime im Keim erstickt werden sollte. Ulbricht und seine eifertigen Erfüllungsgehilfen in Leipzig dachten jedoch nicht daran, daß die Rolle der Universitätskirche als Stätte der politischen Opposition auf die benachbarte Nikolaikirche übergehen würde, und es ist kein Zufall, daß der Platz der Sprengung 21 Jahre später der Ort sein sollte, an dem die Macht der SED-Regierung gebrochen wurde. So spannt sich der Bogen direkt vom Bersten der alten Mauern der Paulinerkirche zum Zusammenbruch des politischen Systems, das die Sprengung 21 Jahre vorher ermöglicht hatte.

Am 9. November 1989 fuhr ich abends vom Labor nach Hause bei Genf, als der französische Rundfunk sein Programm unterbrach und den Durchbruch der Berliner Mauer meldete. In diesen Minuten dachte ich unwillkürlich auch an jenes gelbe Transparent, das sich am Abend des 20. Juni 1968 in der Leipziger Kongreßhalle vor den zweitausend Besuchern des Festkonzertes dank des eingebauten Zeitmechanismus entrollt hatte: "Wir fordern Wiederaufbau". Bewußt hatten wir diese nicht sehr politische Losung gewählt, wohl wissend, daß die geradezu absurd klingende Forderung Partei und Regierung im Innersten treffen würde. Sie stellte klar, daß etwas Einmaliges sinnlos zerstört worden war.

"Wir fordern Wiederaufbau". Nie hatte ich in der Vergangenheit damit gerechnet, daß diese Forderung eines Tages in die Tat umgesetzt werden könnte. Jetzt, nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes, schien dies jedoch nicht mehr ausgeschlossen. Vielleicht - so dachte ich in jenen Minuten - wird die Kirche eines Tages wiedererstehen - als sichtbares Symbol für die Unbeugsamkeit der Leipziger Bürger und als Mahnmal für die Opfer einer vierzig Jahre währenden Willkürherrschaft.

Manche sagen, ein Wiederaufbau sei schon deshalb unmöglich, weil die Leipziger Bürger die Sprengung seinerzeit zuließen, obwohl sie in ihrer Mehrheit dagegen waren. Ich halte dieses Argument der Schuldzuweisung für fragwürdig und erinnere an die Tausende, die an den Abenden vor der Sprengung zur abgesperrten Kirche gingen, um Abschied zu nehmen. Man kann fragen, ob durch weitergehende Protestaktionen der Bevölkerung die Sprengung hätte verhindert werden können. Eindeutig kann diese Frage niemand beantworten. Tatsache jedoch ist, daß sich am 23. Mai '68 im Leipziger Rathaus ein schäbiger Akt abspielte. Obwohl die Stadtverordneten wußten, daß es in der Bevölkerung gähe und die Bürger der Stadt mehrheitlich gegen eine Sprengung waren, stimmten sie mit einer Ausnahme dafür. Auch viele Mitglieder der herrschenden SED waren gegen eine Sprengung, aber sie schwiegen, obwohl sie im anderen Fall durchaus nicht mit drakonischen Strafen zu rechnen hatten, eher mit dem Verlust von kleinen Privilegien.

Wieder einmal zeigte es sich, daß in unserem Lande der Gehorsam gegenüber der Obrigkeit von vielen als die höchste Tugend angesehen wurde. Jemand, der nur ausführt, was ihm aufgetragen wird, trägt keine Verantwortung - so eine gängige und sehr bequeme Meinung. Damit läßt sich auf einfache Weise und mit Hilfe eilfertiger Juristen die Geschichte aufarbeiten und Schuld abweisen, heute ebenso wie 1945. Widerstand zu leisten ist unter einer solchen Prämisse unzweckmäßig, wobei sich Widerstand durchaus nicht in auffälligen und gefährlichen Handlungen erschöpft. Es fehlt in Deutschland, heute ebenso wie 1933 oder 1968, vielmehr an Zivilcourage, am festen Willen, auch bei stürmischem Wetter aufrecht zu gehen. Bismarck sagte einmal: "Mut auf dem Schlachtfeld ist bei uns Gemeingut, aber Sie werden nicht selten finden, daß es ganz achtbaren Leuten an Zivilcourage fehlt." Dabei gibt es genügend Beispiele, die belegen, daß Mut und Zivilcourage durchaus viel erreichen können, auch unter einem diktatorischen Regime.

Heute leben wir alle in einem Rechtsstaat, unter einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die jedoch - und das sollte stets bedacht werden - im Westen Deutschlands nicht selbst erarbeitet worden ist, sondern ein großzügiges Geschenk der westlichen Alliierten war. Die Bürger in diesem Teil Deutschlands hatten nicht das Glück, nach dem Krieg ein solches Geschenk zu erhalten. Erst vierzig Jahre danach haben sie Freiheit und Demokratie durch eigene Kraft erlangt, durch offenen Widerstand auf diesem Platz der Sprengung angesichts der aufgefahrenen Truppen des Regimes.

Auch der heutige Rechtsstaat ist keine Garantie für die Zukunft. Er lebt nur durch das Zusammenwirken von Bürgern, die zu geistiger Freiheit und Unabhängigkeit erzogen wurden, die willens sind, sich eigenständig zu entscheiden und Verantwortung zu übernehmen, und die, falls nötig, auch bereit sind, Widerstand zu leisten und Konflikten nicht auszuweichen. Mut und Zivilcourage einer jeden Generation stellen die Weichen für die künftige Entwicklung stets neu. Nur im Spannungsfeld zwischen bürgerlicher Pflichterfüllung und aktivem Widerstand kann sich die Freiheit konkret entfalten und auf Dauer erhalten werden. Nur so ist es möglich, gesellschaftliche Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen und zu korrigieren.

Die heute so viel beschworene Politikverdrossenheit der Bürger - ist sie nicht auch eine Folge der Tatsache, daß es zu wenig Widerstand in unserer Gesellschaft gibt, zu wenig Engagement, zu wenig Entschlossenheit, Verantwortung zu übernehmen? Noch ist es nicht erwiesen, ob in Deutschland Freiheit und Demokratie auf Dauer, also auch in Zeiten wirtschaftlicher Rezession, aufrechterhalten werden können. Der Aufstieg der westdeutschen Demokratie seit Gründung der Bundesrepublik ist kein Beispiel. Er fand unter dem Schutzschild der Westmächte und in einer Zeit ständigen wirtschaftlichen Aufschwungs statt, kann also nicht auf die Gegenwart und die weitere Zukunft verallgemeinert werden.

Auch der Wiederaufbau des Augusteums und der Universitätskirche würde bedeuten, daß die Bürger Leipzigs Verantwortung übernehmen - die Verantwortung für die Wiederherstellung der kulturellen Identität der Stadt. Seit 1989 ist Leipzig ein Symbol in Europa. Die Gestaltung des wichtigsten Platzes der Stadt hat ihre eigene Symbolwirkung. Kleinmut ist hier nicht angesagt. Nur wer Großes denkt, kann Großes vollbringen. Die Universität braucht das Augusteum als ihre geistige Wurzel, und sie braucht eine würdige Aula in Gestalt der Paulinerkirche.

Sicher - ein Wiederaufbau erfordert große Mittel. Diese Mittel werden jedoch investiert, nicht unmittelbar verbraucht. Wer glaubt, daß Investitionen in Kultur, in Kunst und Wissenschaft Luxusausgaben sind, der irrt. In ferner Zukunft wird unsere Zeit vornehmlich an diesen Investitionen gemessen werden. Sie bestimmen die moralische und geistige Kraft unserer Zeit und damit die Bereitschaft, auch kritischen Entwicklungen in der Zukunft kraftvoll und mutig zu begegnen.

Es besteht heute die Tendenz, die Kosten zu übertreiben. Der Neubau eines Universitätsgebäudes wird in nicht allzu ferner Zukunft am Augustusplatz auf jeden Fall notwendig sein, da das jetzige Gebäude bereits heute erhebliche Mängel aufweist. Auch würde es nicht unbedingt sinnvoll sein, eine genaue Rekonstruktion der alten Gebäude im Innern zu erreichen. Hier bleibt viel zu diskutieren.

Die Sprengung der alten Universität in Leipzig mit ihrer Kirche war nicht nur ein Akt der Willkür, sondern bewußt auch ein Akt, der die Spaltung Deutschlands zementieren sollte. Er bedeutete den endgültigen Bruch mit der Tradition, der Vergangenheit, mit der Geschichte dieses Landes. Von nun an - so die Rechnung der SED-Regierung - gab es kein Zurück - die Brücken waren abgebrochen. Heute wissen wir, daß diese Rechnung nicht aufgegangen ist. Jedoch ist auch die innere Einheit unseres Landes noch längst nicht erreicht. Noch besitzt das zusammenwachsende Deutschland kein Symbol seiner wiedererlangten Identität. Nichts würde diese mehr verdeutlichen als ein Wiederaufbau der alten Universität mit ihrer Aula und Kirche in dieser Stadt des Aufbruchs von 1989 - ein Wiederaufbau, der sich heute und morgen als eine Aufgabe der gesamten Nation darstellt.